

Negativerklärung zur Mitgliedschaft in extremistischen Gruppierungen

Antragsteller

Name / Firma	
Postleitzahl / Ort	Straße / Postfach

Hiermit bestätige(n) ich/wir, dass weder der Antragsteller noch ich/wir in meiner/unserer Eigenschaft als Geschäftsführer/Vorstandsmitglied des Antragstellers und nach meiner/unserer Kenntnis auch nicht ein anderes Mitglied des Geschäftsführungsorgans oder ein Gesellschafter meines/ unseres Unternehmens Mitglied in der NPD, DVU oder einer anderen extremistischen Gruppierung ist. Als extremistisch gelten insbesondere die in den Inhaltsverzeichnissen der jährlichen Verfassungsschutzberichte des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz (www.thueringen.de/de/Verfassungsschutz) genannten extremistischen Gruppierungen. Ich sichere / Wir sichern in unserer Eigenschaft als Geschäftsführer/Vorstandsmitglied zu, dass ich/wir während der Zweckbindfrist des Zuschusses weder selber noch während der Zeit meiner/unserer Verantwortung der Antragsteller Mitglied einer extremistischen Gruppierung sein werde/wird/werden und ich/wir während der Zweckbindfrist keine extremistische Tätigkeit ausübe(n).

Ich/Wir bestätige(n) ferner, dass weder der Antragsteller noch ich/wir in meiner/unserer Eigenschaft als Geschäftsführer/Vorstandsmitglied des Antragstellers und nach meiner/unserer Kenntnis auch nicht ein anderes Mitglied des Geschäftsführungsorgans oder ein Gesellschafter unseres Unternehmens eine extremistische bzw. verfassungsfeindliche Straftat in Form der in den §§ 84 bis 91a StGB beschriebenen Tatbestände zur Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats oder in Form von Straftaten gegen die öffentliche Ordnung im Sinne der §§ 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung), 129a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung), 129b StGB (Bildung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung im Ausland) sowie 130 StGB (Volksverhetzung) begangen habe/haben.

 Datum

 rechtsverbindliche Unterschrift(en) / Firmenstempel

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen. Bei einer GbR sind die Unterschriften aller Gesellschafter zu leisten.

 Datum

 rechtsverbindliche Unterschrift(en) / Firmenstempel